



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft
Behindertenpolitik**

Frau Thiemann

Telefon: (0221) 221-22822
Fax: (0221) 221-6627497

E-Mail: angelaedith.thiemann@stadt-koeln.de ; behindertenbeauftragte@stadt-koeln.de

Datum: 02.12.2010

Niederschrift

über die **Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 18.11.2010, 14:00 Uhr bis 16:30 Uhr, Stadthaus Deutz, Konferenzraum 16F43

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Marita Reinecke

Behindertenbeauftragte

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Annelie Appelman

doMS e.V.

Frau Monika Dierksmeier

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Frau Annette Hepp

DSB-Regionalgruppe der Schwerhörigen und Ertaubten Köln und Umgebung e.V.

Herr Norbert Herbig

Blinden- und Sehbehindertenverein Köln e.V.

Herr Horst Ladenberger

Zentrum für selbstbestimmtes Leben

Herr Wolfgang Schmidt

Diakonie Michaelshoven

Herr Axel Spengler

Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft

Herr Thorsten Steinbach

IncluCity

Herr Andreas Thermann

Arbeiterwohlfahrt

Frau Bärbel von der Linde

Deutsches Rotes Kreuz

Herr Rainer Zuch

Synagogengemeinde Köln

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jürgen Rauh

Verband zur Förderung der Gehörlosen Kölns und Umgebung e.V.

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Schultes

SPD

Herr Manfred Waddey

GRÜNE

ab ca. 15.00 Uhr

Frau Dr. Sabine Müller	GRÜNE	bis ca. 15.00 Uhr
Frau Katja Hoyer	FDP	
Herr Bernd Schöppe	pro Köln	
Herr Michael Kellner	Die Linke.Köln	

Ständige Gäste

Frau Marianne Bauchrowitz	Polizei Köln - Kriminalkommissariat Vorbeugung
Herr Friedrich Wilhelm Gramm	Sozial-Betriebe-Köln gGmbH
Herr Hans-Dieter Kuhl	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Uwe Ladatsch	LVR - Dezernat Soziales, Integration
Herr Dr. Werner Schlummer	Universität zu Köln - Humanwissenschaftliche Fakultät

Schriftführerin

Frau Angela Edith Thiemann	Büro der Behindertenbeauftragten
----------------------------	----------------------------------

Verwaltung

Herr Frank Fricke	Amt des Oberbürgermeisters
Frau Elke Gaugel	Wahlamt
Herr Stephan Jacobs	E-Government und Online-Dienste
Herr Wolfgang Königsfeld	Amt für öffentliche Ordnung
Herr Bernd Lang	Dezernat Wirtschaft und Liegenschaften
Herr Josef Ludwig	Amt für Wohnungswesen
Frau Britta Oswald	Personalamt
Herr Harald Schätzer	Berufsfeuerwehr, Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz
Herr Peter Schelenz	Dezernat Kunst und Kultur
Herr Horst Schmitz	Wohnungsversorgungsbetrieb der Stadt Köln
Herr Andreas Schwarz	Büro der Behindertenbeauftragten
Herr David Sprenger	Wahlamt
Herr Andreas Zinn	Organisationsamt

Gäste

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE.
Frau Ursula Gärtner	CDU
Frau Ute Palm	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Presse

Zuschauer

Frau Reinecke begrüßt als stellvertretende Vorsitzende die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und die Gäste, da die Vorsitzende Frau Dr. Agnes Klein terminlich anderweitig gebunden ist. Zu Tagesordnungspunkt 2. 1 Gespräch mit den Vertreterinnen und Vertretern der Ratsfraktionen zum Sachstand der Umsetzung der Aufgabenliste der Veranstaltung zum Tag der Menschen mit Behinderungen am 03.12.2009 sind zusätzlich zu den Mitgliedern der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Frau Monika Schultes/SPD-Fraktion im Rat, Frau Dr. Sabine Müller/Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat und Frau Katja Hoyer/FDP-Fraktion im Rat Frau Ursula Gärtner/CDU-Fraktion im Rat und Herr Jörg Detjen/Fraktion Die Linke.Köln im Rat anwesend.

Nach Versendung der Einladung hat die Geschäftsführung noch weitere Vorlagen und Ergänzungswünsche zu Tagesordnung erhalten. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt einstimmig die Tagesordnung um folgende Tagesordnungspunkte zu erweitern:

- 4.3.1 Verkauf städtischer Grundstücke für eine sozialgerechte Nutzung
AN/2034/2010
- 4.6.1 Nutzung des Königin-Luise-Gymnasiums als Wahllokal
4514/2010
- 4.8 Barrierefreier Tourismus
hier: Sachstandsbericht KölnTourismus vom 28.10.2010
4581/2010
- 5.1.1 Konzept zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Stadtverwaltung
AN/2092/2010
- 6.4 Stärkung und Ausweitung der zentralen Koordinierungsstelle für Mehrgenerationen-Wohnprojekten im Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln
AN/2032/2010
- 6.5 Freigabe von Planungsmitteln für einen Wettbewerb zur barrierefreien Anbindung der Südbrücke
Teilfinanzplan 1202 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
3379/2010
- 6.6 Initiative zum gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler
hier: Konzept "Inklusion an Kölner Schulen" - Benennung eines stellvertretenden Mitgliedes für die Arbeitsgruppe

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung**
- 2 Gespräch und Vorträge**
 - 2.1 Gespräch mit den Vertreterinnen und Vertretern der Ratsfraktionen zum Sachstand der Umsetzung der Aufgabenliste der Veranstaltung zum Tag der Menschen mit Behinderung am 03.12.2009
- 3 Bericht der Behindertenbeauftragten**
 - 3.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 09/2010
3922/2010
 - 3.2 Bericht der Behindertenbeauftragten 11/2010
4422/2010
- 4 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
 - 4.1 Stellungnahme zur Sitzung der StadtAG Behindertenpolitik vom 20.06.2010 mit Herrn OB Roters zum Thema: "Barrierefreiheit bei gefördertem Wohnraum"
3679/2010
 - 4.2 Barrierefreiheit im Wohnungsbau
3391/2010
 - 4.3 Verkauf städtischer Grundstücke für eine sozialgerechte Nutzung
3219/2010
 - 4.3.1 Verkauf städtischer Grundstücke für eine sozialgerechte Nutzung
AN/2034/2010
 - 4.4 Werkstätten für Menschen mit Behinderung
 - 4.4.1 Anfrage der Fraktion die Linke zur Bereitschaft der Stadt Köln, Beschäftigte aus den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen einzustellen
3925/2010

- 4.5 Barrierefreie Gestaltung des Bahnhofes Deutz/Messe
hier: akustische Kundeninformation
- 4.6 Beschaffung einer Rampe für den Haupteingang des Königin-Luise-
Gymnasiums
hier: Anfrage aus der Sitzung am 07.09.2010
- 4.6.1 Nutzung des Königin-Luise-Gymnasiums als Wahllokal
4514/2010
- 4.7 Tag der Menschen mit Behinderung 2010
hier: Veranstaltung im Historischen Rathaus am 03.12.2010
- 4.8 Barrierefreier Tourismus
hier: Sachstandsbericht KölnTourismus vom 28.10.2010
4581/2010
- 5 Mitteilungen**
- 5.1 Die Integrationsvereinbarung legt fest, dass jährlich im Rahmen eines Erfah-
rungsberichtes über die Umsetzung und Realisierung der Integrationsverein-
barung dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen berichtet
wird.

Der Erfahrungsbericht ist der Anlage zu entnehmen.
4213/2010
- 5.1.1 Konzept zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit
Behinderung bei der Stadtverwaltung
AN/2092/2010
- 5.2 KIB - Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik 2010
- 5.3 Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung
hier: Veranstaltungsreihe 2011
- 6 Anfragen und Beschlussempfehlungen**
- 6.1 Köln - Stadt der Vielfalt
Sachstandsbericht und Vorgehensvorschlag zur Erarbeitung eines städtischen
Diversity-Konzeptes
3130/2010

- 6.2 Benennung einer/s stellvertretenden sachkundigen Einwohner/in für den Ausschuss Schule und Weiterbildung
- 6.3 Sitzungsplanung 2011
hier: Termine und Themenplanung
- 6.4 Stärkung und Ausweitung der zentralen Koordinierungsstelle für Mehrgenerationen-Wohnprojekten im Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln
AN/2032/2010
- 6.5 Freigabe von Planungsmitteln für einen Wettbewerb zur barrierefreien Anbindung der Südbrücke
Teilfinanzplan 1202 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
3379/2010
- 6.6 Initiative zum gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler
hier: Konzept "Inklusion an Kölner Schulen" - Benennung eines stellvertretenden Mitgliedes für die Arbeitsgruppe
- 7 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates**
- 8 Verschiedenes**

I. Öffentlicher Teil

1 Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung

Die Niederschrift der Sitzung am 07.09.2010 wird ohne Änderungen einstimmig genehmigt.

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig ohne Änderungen genehmigt.

2 Gespräch und Vorträge

2.1 Gespräch mit den Vertreterinnen und Vertretern der Ratsfraktionen zum Sachstand der Umsetzung der Aufgabenliste der Veranstaltung zum Tag der Menschen mit Behinderung am 03.12.2009

In der Veranstaltung zum Tag der Menschen mit Behinderungen am 03.12.2009 mit dem Schwerpunktthema UN-Konvention der Menschen mit Behinderung fand eine Podiumsdiskussion zu den Konsequenzen für Köln statt, in der es um die Themen Kinder und Jugendliche/Schule, Arbeit, Wohnen, Kultur, Stadtentwicklung und Straßenbau, Mobilität und Bürgerschaftliches Engagement/Selbsthilfe mit Vertreterinnen und Vertretern der Ratsfraktionen ging. Die hier aufgestellte Themenliste wurde von den Ratsmitgliedern mit in ihre Fraktionen genommen und als Arbeitspapier für das Jahr 2010 und folgende betrachtet. Es wurde vereinbart, dass das Ergebnis gegen Ende des Jahres 2010 mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik diskutiert wird.

Zur heutigen Sitzung nehmen folgende Fraktionsvertreter/innen Stellung:

Monika Schultes/SPD-Fraktion im Rat

Ursula Gärtner/CDU-Fraktion im Rat

Dr. Sabine Müller/Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat

Katja Hoyer/FDP-Fraktion im Rat

Jörg Detjen/Fraktion Die Linke. Köln im Rat

Aus Zeitgründen werden nur die Themenbereiche Kinder und Jugendliche/Schule, Arbeit und Wohnen diskutiert.

Frau Schultes stellt einleitend dar, dass die Fraktionen die Aufgaben der Kommunalpolitik nur gemeinsam umsetzen können. Zudem haben die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Koalitionsvertrag abgeschlossen, der Punkt für Punkt abgearbeitet wird. Daher sind die Themen und die Umsetzung nicht das Ergebnis der Arbeit eines einzelnen Politikers oder einer Fraktion sondern das Ergebnis der Arbeit des gesamten Rates und aller Fraktionen. So wurden in allen Ausschüssen und dem Rat fast alle Beschlüsse, die sich mit dem Thema Barrierefreiheit befassen, einstimmig gefasst.

Kinder und Jugendliche/Schule

Frau Schultes stellt dar, dass im Bereich Schule und Kindertagesstätten das Konzept Inklusion eingebracht und gemeinsame Initiativen ergriffen wurden. Gemeinsame Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung werden aus-

gebaut. Dafür werden z.B. alle Kölner Bürgerzentren barrierefrei umgebaut. Die Mittel hierfür stammen größten Teils aus dem Konjunkturpaket II.

Die Förderung der Kinder fängt bereits im Kindergartenalter mit der Frühförderung des Jugendamtes mit der Förderung entwicklungsverzögerter Kinder im Alter von 0-3 Jahren an. Dabei werden auch die Eltern entsprechend unterstützt.

Ca. 800 Kinder bekommen aufgrund der entsprechenden Einstufung durch das Gesundheitsamt sogenannte Eingliederungshilfe. Diese Förderung soll weiter ausgebaut werden.

48 von 543 Kindertagesstätten sind bereits integrative Einrichtungen. Auch im nächsten Jahr werden weitere Einrichtungen dazu kommen. Die Stadt Köln unterhält selber keine Sondereinrichtungen mehr.

Frau Hoyer ergänzt diese Ausführungen mit dem Hinweis auf die erforderlichen baulichen Voraussetzungen für die Einrichtung integrativer Einrichtungen. Hier werden die Fraktionen verstärkt darauf achten, dass alle neuen bzw. umzubauenden Einrichtungen barrierefrei gebaut werden.

Sie informiert, dass es für Kinder, die in Förderschulen sind, schwierig ist, an Ferienfreizeiten teilzunehmen. Bislang wurden hier über die Guillaume-Stiftung jährlich etwa 250 Kinder gefördert, damit sie an diesen Ferienfreizeiten teilnehmen können. Ab 2011 sollen darüber hinaus weitere 100 Plätze über die Guillaume-Stiftung gefördert werden.

Frau Gärtner erläutert, dass der Kinder- und Jugendförderplan 2009 – 2014 zurzeit erstellt wird. Er wird die Aspekte der Inklusion berücksichtigen.

Darüber hinaus hat sich ihre Fraktion vorgenommen, in allen Ausschüssen insbesondere im Jugendhilfeausschuss, Schulausschuss, Sozialausschuss im Bereich Bauen und Wohnen in allen Bereichen generell zu prüfen, ob die Maßgaben der Inklusion erfüllt sind.

Frau Dr. Müller bekräftigt, dass Inklusion und Barrierefreiheit bei allen Planungen und Maßnahmen geprüft und berücksichtigt werden sollen. Die Veranstaltung im letzten Jahr hat bei den Parteien den Focus noch stärker auf das Thema gelenkt und in vielen Bereichen Anstoß gegeben und die Bemühungen verstärkt.

Frau Reinecke bestätigt, dass in den politischen Gremien fehlende Barrierefreiheit mittlerweile sofort registriert und bemängelt wird. So hat auch der Bericht der Behindertenbeauftragte zum Schwerpunktthema der letzten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 07.09.2010 „Inklusive Jugendarbeit“ eine heftige Diskussion im Ausschuss Soziales und Senioren und im Jugendhilfeausschuss verursacht. Diese hat dazu geführt, dass für die OT Ohmstraße (Einrichtung der Offenen Tür) eine langfristige Finanzierung angestrebt wird.

Frau Schultes weist ergänzend darauf hin, dass der neue Schulentwicklungsplan im Frühjahr 2011 von der Verwaltung vorgelegt werden soll. Hier soll das Thema Inklusion ein großes Thema sein.

Auf die Frage von Herrn Herbig, inwieweit die sog. Baugruppe im Jugendamt die Barrierefreiheit berücksichtigt und die Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen bei ihren Planungen und Baumaßnahmen beteiligt, stellt Frau Reinecke dar, dass das Büro der Behindertenbeauftragte in die Arbeit der für den Bau von Kultur- und Jugendeinrichtungen zuständigen Baugruppe einbezogen ist. Damit ist eine Beteiligung sicher gestellt.

Herr Kellner weist nochmals auf die Problematik Gemeinsamer Unterricht in weiterführenden Schulen hin. Der von den Eltern behinderter Kinder gemeldete Bedarf ist bei weitem höher als zurzeit bei den Schulen gedeckt werden kann. Hier appelliert er an die Politik und die Verwaltung, ein bedarfsdeckendes Angebot sicherzustellen.

Arbeit

Herr Detjen weist darauf hin, dass die Vorschläge der Task Force zur Kostenreduzierung im städtischen Haushalt auch Stellenkürzungen im Grünflächenbereich vorsehen. Gerade in diesem Bereich können aber niederschwellige Arbeitsangebote gemacht werden. Wie dem Integrationsbericht (siehe TOP 5.1) zu entnehmen ist, sind noch nicht in allen Dezernaten die geforderte Beschäftigungsquote für Menschen mit Behinderung in Höhe von 5 % erreicht.

Hier sieht Herr Detjen noch Handlungs- und Beratungsbedarf in der Politik. Er hält die unter TOP 5.1.1 „Konzept zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Stadtverwaltung“ zur Debatte stehende Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für unterstützenswert. Auch die geforderte Erhöhung der Beschäftigungszahlen der Menschen mit Behinderung auf 10 % hält er für sinnvoll, da gegenwärtig etwa 9 % der Kölner Bevölkerung als schwerbehindert gelten und zu erwarten ist, dass mit steigendem Durchschnittsalter der Bevölkerung auch ein Anstieg dieser Zahl zu erwarten ist.

Frau Hoyer stellt dar, dass bei der Verwaltung aber auch bei städtischen Gesellschaften vielfach Informationen über Integrationsbetriebe fehlen. Damit diese dann verstärkt eingesetzt werden, sollte nochmals eine Informations- und Sensibilisierungsinitiative gestartet werden.

Zudem sollte überlegt werden, ob bei dafür geeigneten Arbeiten statt Maschinen Menschen diese Aufgaben erledigen können. Dadurch könnten bestehende niederschwellige Angebote beibehalten und weitere, neue geschaffen werden.

Frau Dr. Müller wird diese Anregung mit in den Ausschuss Umwelt und Grün mitnehmen, deren Vorsitzende sie ist. Zudem weist sie auf die Diskussion im Ausschuss Soziales und Senioren zur Ausbildungssituation behinderter Menschen hin.

Ebenfalls mit Hinweis auf TOP 5.1 und 5.1.1 weist Herr Ladenberger auf die Diskrepanz zwischen den Einstellungszahlen behinderter Menschen und dem vorhandenen schwerbehinderten Personal bei der Verwaltung hin. Er hält die erreichte Quote der jungen Menschen von 1 %, die bei der Stadt Köln eingestellt werden, für zu niedrig. Zudem lege der Integrationsbericht dar, dass eine Quotenerhöhung von schwerbehinderten Menschen über externe Einstellungen aufgrund der meist fehlenden Qualifikationen nicht möglich sei. Gerade hier sieht Herr Ladenberger die Kreativität der Stadt Köln als einer der größten regionalen Arbeitgeber gefragt. Als öffentlicher Arbeitgeber sollte sie Vorbildcharakter haben.

Herr Ladenberger führt an, dass z. B. das Josef-Dumont-Berufskolleg eine Belobigung beim diesjährigen Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik für das Projekt „Schulassistenten“ erhalten hat. Hier unterstützen Menschen mit Behinderung die Schulhausmeister in ihrer Arbeit. Das Projekt läuft sehr erfolgreich und könnte als Muster für weitere Projekte dienen.

Frau Gärtner bestätigt, dass bei einem totalen Einstellungsstopp bei der Stadtverwaltung eine Erhöhung der Beschäftigungsquote für Menschen mit Behinderung bei der

Stadt Köln nicht erreicht werden kann. Es ist aber gewünscht, dass auch Menschen mit Behinderung, die bisher nicht bei der Stadt Köln beschäftigt sind, eine Chance erhalten. Hier soll die Verwaltung konzeptionell und kreativ tätig werden. Gerade bei Integrationsbetrieben und Werkstätten für Menschen mit Behinderung sieht man, dass viel mehr Einsatzmöglichkeiten bestehen, als bisher gedacht. Selbst in einem Rodenkirchener Hotel sind Menschen mit Behinderung sehr erfolgreich beschäftigt und die Bevölkerung nimmt das Angebot gerne an.

Herr Detjen weist in diesem Zusammenhang auf das Ausbildungskonzept zur Erhöhung der Ausbildungsquote hin. In diesem Projekt wurden Frauen, die in den Beruf zurückkehren möchten, und Jugendliche mit Integrationshintergrund mit besonderer Begleitung und Förderung geschult, so dass sie die geforderten Standards erreichen konnten. Dieses Projekt hat sich bewährt, so dass die Verwaltung dieses auch auf jugendliche Menschen mit Behinderung anwenden könnte.

Auch Herr Detjen schlägt vor, dass die Integrationsbetriebe eine Informationsveranstaltung durchführen, in der sie der Stadtverwaltung und den Stadtwerken das gesamte Spektrum der Arbeiten vorführen und erläutern, die Integrationsbetriebe und Menschen mit Behinderung leisten können und was dafür erforderlich ist. Die Führungsspitzen aus Verwaltung und Stadtwerken sollten sich dieses Themas annehmen. Auch die Politik werde sich dieses Themas annehmen, da die Vorbildfunktion der Stadt Köln eine wichtige kommunale Aufgabe sei.

Herr Herbig bittet daher die Politiker, die Verwaltung mit der Aufgabe der Erstellung von Projekten und Konzepten zu beauftragen, damit die Stadt Köln dieser Vorbildfunktion nachkommen kann und die Menschen mit Behinderung die Voraussetzungen erfüllen können, um sich erfolgreich bei der Stadt und den Stadtwerken bewerben zu können.

Frau Schultes hält es für wichtig, dass auch die städtischen und stadtnahen Betriebe aber auch die Organisationen, Initiativen und Träger, die von der Stadt Köln gefördert werden – wie Z. B. die LIGA der Verbände der Freien Wohlfahrtsfahrtspflege –, in dieses Konzept miteinbezogen werden.

Wohnen

Frau Schultes stellt dar, dass zwar die vom Rat gesetzte und von den Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen geforderte Quote von 30 % mehr geförderten Wohnungsbau bereits beschlossen wurde. Aber es gibt immer noch viel zu wenige barrierefreie und insbesondere kostengünstige barrierefreie Wohnungen auf dem Kölner Wohnungsmarkt. Diese Aufgabe wird sie daher in 2011 und folgende in die Politik mitnehmen.

Frau Dr. Müller unterstützt diese Ausführungen, da nicht nur Menschen mit Behinderung barrierefreie Wohnungen benötigen. Auch die immer älter werdende Gesellschaft wird spätestens in 10 – 20 Jahren den Bedarf an barrierefreien Wohnungen immens steigen lassen. Dabei kann der Bedarf nicht nur von der öffentlichen Hand gedeckt werden, sondern auch private Investoren müssen davon überzeugt werden, dass die Investition in barrierefreie Häuser und Wohnungen notwendig und gewinnbringend ist. Daher ist dem Thema eine hohe Priorität beizumessen und es muss nach Lösungen gesucht werden, wie das Problem des fehlenden barrierefreien Wohnraums angegangen werden kann.

Für die Umsetzung dieser Aufgabe hält es Herr Detjen für erforderlich, in angemessenem Rahmen die Baulücken zu schließen, die Hinterhöfe zu bebauen, die Abstände zwischen den Häusern zu verkleinern und Grünflächen zu verkleinern. Durch die barrierefreie Gestaltung der Wohnumgebung können weitere Schritte in Richtung Inklusion getan werden.

Frau Gärtner weist darauf hin, dass das Thema Wohnen nicht nur den Wohnraum, sondern viel weiter gefasst, auch das Umfeld und die Versorgung der Menschen mit einbezieht. Daher ist auch der Aufbau von Netzwerken, nachbarschaftlichen Beziehungen und Nachbarschaftshilfe zu fördern und zu unterstützen. Dies kann im Rahmen der Förderung des ehrenamtlichen Engagements erfolgen.

Frau Dr. Müller informiert, dass im Stadtentwicklungsausschuss zurzeit das Einzelhandels- und Zentrenkonzept beraten wird, in dem solche Fragen behandelt werden müssen. Zur Wohnumgebung gehört auch, barrierefrei einkaufen zu können. Einkaufen, barrierefrei zu den Geschäften zu kommen und die Kontakte, die sich daraus ergeben, sind auch für Menschen mit Behinderung zentrale Themen. Sie bittet daher die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und die sachkundigen Einwohner und Einwohnerinnen, die über die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik benannt wurden, sich in allen Ausschüssen dafür einzusetzen, dass dieses Thema noch in das Konzept aufgenommen wird.

Frau Hoyer stellt dar, dass in Köln generell günstiger Wohnungsraum benötigt wird. Dabei muss auch in die Zukunft gesehen werden, wie sich die Einkommens- und Bevölkerungsentwicklung gestaltet. Private Investoren können daher vermutlich eher für barrierefreien Wohnungsbau gewonnen werden, wenn ihnen die Auswirkungen dieser Entwicklungen nähergebracht werden.

Hier sollten aber auch die Wohnungssuchenden und auch die künftigen Wohneigentümer im gegenwärtigen Alter von 30 – 50 Jahren sensibilisiert werden. Sie sind langfristig mit barrierefreien Wohnungen besser für die Zukunft gerüstet, insbesondere da der spätere Umbau teurer sein wird, als wenn von vorneherein barrierefrei gebaut wird. Die Bequemlichkeit des Wohnens, die sich daraus in jungen Jahren ergibt, wird in späteren Jahren Notwendigkeit sein.

Herr Ladenberger sieht das Problem im Bestand der Wohnungen, der überwiegend nicht barrierefrei ist. Bei den jetzigen Mietern, Vermietern und Eigentümern ist noch nicht angekommen, dass sie künftig selber barrierefreien Wohnraum benötigen werden. Bei Neubauten erscheint es mit Hilfe von Auflagen möglich, den Wohnungsbau entsprechend zu steuern. Dies löst aber nicht das Problem, das durch die Altbauten bereits besteht, da die Neubauten alleine den Bedarf nicht decken können.

Herr Ladenberger fragt an, ob die Mittel für barrierefreie Neu- und Umbauten, die in 2009 und 2010 nicht ausgeschöpft wurden, weil für diese Maßnahmen keine ausreichende Personalkapazitäten vorhanden waren, auch in 2011 noch zur Verfügung stehen werden und wie die Planung der Verwaltung diesbezüglich aussehen wird.

Frau Gärtner informiert zum Thema Selbsthilfe, dass im Ausschuss Soziales und Senioren und Gesundheitsausschuss beschlossen wurde, dass die Mittel für die Selbsthilfeförderung nicht gekürzt werden. Zudem ist der Wegweiser Selbsthilfe gerade neu aufgelegt worden.

Frau Reinecke dankt allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Gesprächsrunde für die vielen Informationen und Planungen. Aus allem ist zu ersehen, dass an dem Thema Inklusion und Barrierefreiheit sehr gearbeitet wird und die Motivation hoch ist.

3 Bericht der Behindertenbeauftragten

3.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 09/2010 3922/2010

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den Bericht der Behindertenbeauftragten zur Kenntnis.

3.2 Bericht der Behindertenbeauftragten 11/2010 4422/2010

Frau Reinecke ergänzt den Bericht mit der Information, dass die Stadt Köln beim Access City Award unter die Finalisten gekommen ist. Außer Köln sind noch die spanischen Städte Avila und Barcelona und die finnische Stadt Turku unter den Finalisten. Die Preisverleihung erfolgt am 02.12.2010. Auf Benennung durch die Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen werden Herr Herbig und Herr Ladenberger mit nach Brüssel reisen und die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und die Stadt Köln vertreten.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den Bericht der Behindertenbeauftragten zur Kenntnis.

4 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

4.1 Stellungnahme zur Sitzung der StadtAG Behindertenpolitik vom 20.06.2010 mit Herrn OB Roters zum Thema: "Barrierefreiheit bei gefördertem Wohnraum" 3679/2010

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

4.2 Barrierefreiheit im Wohnungsbau 3391/2010

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

4.3 Verkauf städtischer Grundstücke für eine sozialgerechte Nutzung 3219/2010

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis und verweist auf die Beschlussempfehlung unter TOP 4.3.1.

4.3.1 Verkauf städtischer Grundstücke für eine sozialgerechte Nutzung AN/2034/2010

Frau Appellmann erläutert nochmals den Hintergrund für diese Beschlussempfehlung und bittet die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik diese zu beschließen.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik empfiehlt dem Ausschuss Soziales und Senioren und dem Liegenschaftsausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Verkauf städtischer Baugrundstücke zum Zwecke der Wohnbebauung erfolgt mit der Auflage, dass bei Neubauten alle Wohnungen entsprechend den Richtlinien des Landes barrierefrei erschlossen werden. Darüber hinaus sollen alle Wohnungen inklusive Aufzug barrierefrei erschlossen werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4.4 Werkstätten für Menschen mit Behinderung

Der Tagesordnungspunkt wird zusammen mit dem TOP 4.1.1, 5.1 und 5.1.1 behandelt. Die Diskussion und der Beschluss sind unter TOP 5.1.1 aufgeführt.

4.4.1 Anfrage der Fraktion die Linke zur Bereitschaft der Stadt Köln, Beschäftigte aus den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen einzustellen 3925/2010

Der Tagesordnungspunkt wird zusammen mit dem TOP 4.1, 5.1 und 5.1.1 behandelt. Die Diskussion und der Beschluss sind unter TOP 5.1.1 aufgeführt.

**4.5 Barrierefreie Gestaltung des Bahnhofes Deutz/Messe
hier: akustische Kundeninformation**

Frau Reinecke berichtet, dass das Bahnhofsmanagement sich zur Forderung der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen nach akustischer Kundeninformation dergestalt geäußert hat, dass für den Bereich der S-Bahn-Gleise eine Erneuerung des Systems der akustischen Information anstehe. Allerdings handelt es sich dabei um das konventionelle System für Lautsprecherdurchsagen auf dem Bahnsteig.

Besondere Vorrichtungen für blinde oder sehbehinderte Menschen sind nicht vorgesehen.

Herr Herbig informiert, dass das akustische Informationssystem bereits in Betrieb ist.

**4.6 Beschaffung einer Rampe für den Haupteingang des Königin-Luise-Gymnasiums
hier: Anfrage aus der Sitzung am 07.09.2010**

**4.6.1 Nutzung des Königin-Luise-Gymnasiums als Wahllokal
4514/2010**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.7 Tag der Menschen mit Behinderung 2010

hier: Veranstaltung im Historischen Rathaus am 03.12.2010

Frau Reinecke berichtet über den aktuellen Sachstand zur Vorbereitung und Planung der Veranstaltung am 03.12.2010 im Historischen Rathaus zum Thema „Kein einfacher Fall: Behindert im Krankenhaus“. Die Einladungen zur Veranstaltung sind mittlerweile verschickt. Sie lädt die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nochmals herzlich ein.

4.8 Barrierefreier Tourismus

hier: Sachstandsbericht KölnTourismus vom 28.10.2010 4581/2010

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Herr Ladenberger merkt an, dass die Stadt Köln nun für den Access City Award nominiert ist (siehe auch TOP 3.2). Eine solche Nominierung ist aber auch eine Verpflichtung, dass „Köln eine Stadt für alle“ ist, wie im Handlungskonzept Behindertenpolitik vorgesehen. Die Menschen die Köln besuchen möchten, benötigen dafür eine Anlaufstelle, bei der sie erfahren können, wie und wo sie barrierefrei Köln besichtigen können. Köln muss auch weiterhin zum Ziel haben, barrierefreier zu werden und hierüber auch zu informieren.

5 Mitteilungen

5.1 Die Integrationsvereinbarung legt fest, dass jährlich im Rahmen eines Erfahrungsberichtes über die Umsetzung und Realisierung der Integrationsvereinbarung dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen berichtet wird.

**Der Erfahrungsbericht ist der Anlage zu entnehmen.
4213/2010**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den Bericht zur Kenntnis und verweist auf die zu TOP 5.1.1 aufgeführte Beschlussempfehlung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde auch unter den Tagesordnungspunkten 2.1 zum Thema Arbeit, 4.1, 4.4.1 und 5.1.1 geführt. Die Diskussion und der Beschluss sind unter TOP 5.1.1 aufgeführt.

5.1.1 Konzept zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Stadtverwaltung AN/2092/2010

Auf die Diskussion zu TOP 2. 1 zum Thema Arbeit wird verwiesen.

Frau Oswald stellt dar, dass die Stadt Köln in 1. Linie die eigenen leistungsgeminder-ten bzw. schwerbehinderten und gleichgestellten städtischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen versorgen möchte, da diese nicht aus dem Dienst ausscheiden sollen. Darüber hinaus müssen für besondere Aufgaben wie z. B. im Kita-Bereich externe Einstellungen vorgenommen werden, um den gesetzlichen Vorgaben zu entsprechen.

Die Bemühungen auf dem allgemeinen Markt z. B. durch Messestände, Informationen an Schulen insbesondere Förderschulen entsprechende Bewerber und Bewerberinnen aus dem Kreis der behinderten Jugendlichen zu gewinnen, haben bislang nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Daher bemüht sich die Stadt Köln zusammen mit dem Integrationsfachdienst, der Bundesagentur für Arbeit und dem Berufsbildungswerk Michaelshoven Menschen mit Behinderung zu erreichen, die sich bei der Stadt Köln bewerben können. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass im Rheinland nur 1,44 % der 18 – 25 Jahre alten Menschen schwerbehindert sind. Der Hauptanteil der Menschen mit Behinderung in der BRD ist in der Altersgruppe ab 45 Jahren zu finden, da die meisten Menschen erst im Laufe ihres Lebens durch Unfälle oder Krankheiten leistungsgemindert bzw. schwerbehindert werden.

Herr Ladenberger weist darauf hin, dass es bei der Beschlussempfehlung nicht nur um die jugendlichen Auszubildenden geht, sondern auch um die Menschen mit Behinderung, die zurzeit in den Werkstätten für Menschen mit Behinderung arbeiten, weil sie keine Arbeitsplätze auf dem 1. Arbeitsmarkt bekommen. Darüber hinaus sind im 1. Arbeitsmarkt anteilig gesehen mehr Menschen mit Behinderung arbeitslos als nicht-behinderte Menschen.

Die Beschlussempfehlung richtet sich daher an die Politik und die Verwaltung ein qualifiziertes Konzept vorzulegen, wie der Anteil der Menschen mit Behinderung in Ausbildung und Beschäftigung bei der Stadtverwaltung und den städtischen und stadtnahen Gesellschaften erhöht werden kann.

Nach kurzer aber intensiver Diskussion fasst die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik empfiehlt dem Ausschuss allgemeine Verwaltung, Rechtsfragen, Vergabe und Internationales und dem Ausschuss Soziales und Senioren zu beschließen:

Die Stadt Köln soll langfristig den Anteil der beschäftigten Menschen mit Behinderungen auf 10 % erhöhen. Die Stadt möge auf die städtischen und die stadtnahen Betriebe einwirken, dass diese ebenfalls den Anteil der beschäftigten Menschen mit Behinderungen auf 10 % erhöhen. Dies soll auch durch externe Einstellungen und durch spezielle Förderungen der Auszubildenden erfolgen. GGF. sind für die Menschen mit Behinderung Assistenzkräfte und sonstige Hilfsmittel bereit zustellen. Auch soll die Anzahl der Stellen im niederschweligen Bereich für die Menschen mit Behinderung erhöht werden.

Die Verwaltung wird daher beauftragt ein Konzept zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen bei der Stadtverwaltung zu erarbeiten.

Diese Angebote sollen von der Verwaltung auch in den Veranstaltungsreihen zum Thema „Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung“ vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5.2 KIB - Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik 2010

Frau Reinecke berichtet über die Veranstaltung zur Verleihung des Kölner Innovationspreises Behindertenpolitik (KIB) am 9. November 2010. Dieser Preis wurde zum 3.

Mal im Historischen Rathaus verliehen. Der Einladung von Oberbürgermeister Jürgen Roters waren rund 350 Gäste gefolgt. Bürgermeister Hans-Werner Bartsch vertrat den Oberbürgermeister und hielt eine Begrüßungsrede.

27 Projekte wurden in 2010 eingereicht. In diesem Jahr hatte die Jury beschlossen, dass die Preisträgerinnen und Preisträger erst bei der Preisverleihung erfahren sollten, dass sie gewonnen haben. Entsprechend groß war die Spannung.

An diesem Abend wurden zwei 1. Preise und ein 2. Preis vergeben:

Einer der 1. Preise wurde an Mittendrin e. V. für das Projekt "Eine Schule für alle" übergeben. Den anderen 1. Preis erhielten die Träger Zentrum für Bildung, Kultur und Integration gGmbH und Zentrum für Bildung und Kultur e. V. Beide sind im Bürgerzentrum Deutz angesiedelt und für die Projekte "Entwicklungsinsel" und "Integrativer Deutzer Circussommer" ausgezeichnet worden.

Den 2. Preis nahm die Gruppe KIMBIZA Musik Projekt "FEEL SOUNDS" für das Musikprojekt "FEEL SOUNDS" - `Musik, Rhythmus, Klang und Bewegung mit Gehörlosen, Schwerhörigen und Hörenden´ entgegen.

Die Preise sowie die Urkunden für die Belobigungen wurden von Bürgermeister Hans-Werner Bartsch überreicht. Auch Guildo Horn gratulierte auf der Bühne allen, die einen Preis oder eine Belobigung erhalten haben, und sorgte für gute Stimmung.

Das künstlerische Programm gestalteten die "Kecken Jecken", VersteckDichNicht e. V., die Band WAN DEL und das KIMBIZA Musik Projekt "FEEL SOUNDS".

Im Anschluss an die Preisverleihung präsentierten sich die teilnehmenden Gruppen mit ihren Projekten im Atrium. Dort hatten die Bewerberinnen und Bewerber auch die Gelegenheit, ihr Engagement bei einem Umtrunk ein wenig zu feiern und sich mit den anderen Gästen auszutauschen.

Nähere Informationen sind abzurufen

zur Preisverleihung unter <http://www.stadt-koeln.de/2/menschen-mit-behinderung/innovationspreis-behindertenpolitik/06889/> beziehungsweise

zu den Preisträgerinnen und Preisträgern unter <http://www.stadt-koeln.de/2/menschen-mit-behinderung/innovationspreis-behindertenpolitik/06873/>.

5.3 Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung hier: Veranstaltungsreihe 2011

Frau Reinecke berichtet, dass die Veranstaltungsreihe zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung unter dem Titel „Uns hält nichts auf!“ vom 03. Februar bis 24. März 2011 stattfindet.

Im Jahr 2009 hat die Stadt Köln gemeinsam mit vielen anderen Akteuren eine Veranstaltungsreihe „Wat et nit all jitt! – Der Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung“ durchgeführt. Die Veranstaltung war so erfolgreich, dass alle Veranstalter sich einig waren, diese nach zwei Jahren zu wiederholen.

Die nächste Veranstaltungsreihe wird im 1. Quartal 2011 durchgeführt. Mitveranstalter sind unter anderem die Handwerkskammer Köln, die Industrie- und Handelskammer Köln, Arbeitgeber Köln e.V., der Landschaftsverband Rheinland, die Arbeitsagentur Köln, das Berufliche Trainingszentrum Köln sowie ca. 30 Institutionen und Organisationen, die überwiegend Fördermaßnahmen, Bildungsmaßnahmen und Beratung anbieten.

In zahlreichen Einrichtungen und Unternehmen, über das Stadtgebiet verteilt, sollen im Zeitraum 03.02.2011 bis 23.03.2011 Informationsveranstaltungen stattfinden. Sie richten sich, abhängig vom jeweiligen Thema, an Jugendliche, ihre Eltern und Lehrer/innen, an Beschäftigte in Betrieben und Werkstätten, an Arbeitssuchende, an Mitglieder von Schwerbehindertenvertretungen sowie an Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.

Mit Unterstützung der IHK Köln, der Handwerkskammer und des Arbeitgeber Köln e.V. werden Arbeitgeber über die bestehenden Förderinstrumente und Unterstützungsangebote informiert. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um bestehende Hemmnisse abzubauen. Gleichzeitig erhalten Unternehmen und Institutionen auch die Möglichkeit, positive Beispiele aus ihrem Betrieb praktisch zu präsentieren, z.B. durch einen Tag – bzw. Stunden - der Offenen Tür.

Die Reihe wird abgeschlossen durch eine umfangreiche Informationsbörse im Historischen Rathaus am 24. März 2011 in der Zeit von 10.00 bis 15.00 Uhr. Neben der Möglichkeit, sich an den Ständen der Aussteller zu informieren, besteht auch wieder die Gelegenheit, an informativen Vorträge und Diskussionen zum Thema oder an einer Bewerbungsberatung teilzunehmen. Außerdem haben sich einige Arbeitgeber bereit erklärt, sich an der Ausbildungs- und Praktikumsbörse zu beteiligen.

Die Informationsbörse wird nach den bisherigen Erfahrungen schwerpunktmäßig von Schülerinnen und Schülern, ihren Lehrkräften und Eltern besucht.

Da das Motto von 2009 „Wat et nit all jitt!“ offensichtlich gerade Arbeitgeber weniger angesprochen hat, erarbeiteten die Auszubildenden des Berufskollegs Richard-Riemerschmid, das unter anderem auch einen grafischen Zweig hat, im Rahmen eines Wettbewerbs Motive für ein Plakat zur Veranstaltungsreihe sowie Ideen für ein Motto. Die Jury, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Veranstalter, einem Mitglied der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sowie dem Leiter des Berufskollegs hat aus den erarbeiteten Entwürfen ein Motiv für das Plakat sowie das Motto ausgewählt. Das Motto für 2011 lautet: „Uns hält nichts auf!“ Das Plakat erhält zu Zeit noch den letzten Schliff und soll Anfang Dezember gemeinsam mit dem Programmheft in Druck gehen.

Die Gewinner des Wettbewerbs des Berufskollegs Richard-Riemerschmid werden am 15. Dezember 2010 im Rahmen eines Pressegesprächs gemeinsam mit Vertretern der Jury das Plakat und das Motto vorstellen. Sie erhalten eine Urkunde und einen Preis.

Die weiteren Plakate, die nominiert wurden, aber nicht gewonnen haben, werden auf der Informationsbörse am 24. März 2010 im Rathaus ausgestellt.

6 Anfragen und Beschlussempfehlungen

6.1 Köln - Stadt der Vielfalt Sachstandsbericht und Vorgehensvorschlag zur Erarbeitung eines städtischen Diversity-Konzeptes 3130/2010

Nach kurzer Beratung fasst die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den vorliegenden Sachstandsbericht zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlages:

„Der Rat nimmt den vorliegenden Sachstandsbericht zustimmend zur Kenntnis und erklärt sich mit der geplanten weiteren Vorgehensweise zur Erstellung eines Diversity-Konzepts für die Stadt Köln einverstanden.“

Die weitere Entwicklung des Diversity-Konzeptes soll haushaltsneutral erfolgen. Zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen müssen für die Erarbeitung nicht bereit gestellt werden, da die weiteren Maßnahmen von den beteiligten Dienststellen im Rahmen der bestehenden Aufgaben durchgeführt werden.“

Darüber hinaus benennt die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Herrn Horst Ladenberger als Mitglied und Frau Adelheid Langes als stellvertretendes Mitglied für die Arbeitsgruppe Diversity Konzept.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6.2 Benennung einer/s stellvertretenden sachkundigen Einwohner/in für den Ausschuss Schule und Weiterbildung

Der bisherige stellvertretende sachkundige Einwohner im Ausschuss Schule und Weiterbildung, Werner Pusch, ist zurückgetreten. Die Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik schlagen vor, Frau Stephanie Stangier als stellvertretende sachkundige Einwohner und Einwohnerinnen in den Ausschuss Schule und Weiterbildung zu benennen.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt, Frau Stephanie Stangier als stellvertretende sachkundige Einwohnerin für den Ausschuss Schule und Weiterbildung zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6.3 Sitzungsplanung 2011 hier: Termine und Themenplanung

Für 2011 werden die Sitzungstermine und die Schwerpunktthemen der Sitzungen wie folgt festgelegt:

Dienstag, 15.02.2011, 14.00 – 16.30 Uhr, Stadthaus Deutz, Raum 16F43

Schwerpunktthema:

- Gespräch mit dem Landesbehindertenbeauftragten NRW Norbert Killewald
- Sachstand der Beschlussempfehlungen, Anfragen und Anträge seit 2004

Dienstag, 10.05.2011, 14.00 – 16.30 Uhr, Stadthaus Deutz, Raum 16F43

Schwerpunktthema:

- Sport für und mit Menschen mit Behinderung

Donnerstag, 08.09.2011, 14.00 – 16.30 Uhr, Stadthaus Deutz, Raum 16F43

Schwerpunktthema:

- Kinder mit Behinderungen
hier: KIBIZ

Dienstag, 06.12.2011, 14.00 – 16.30 Uhr, Stadthaus Deutz, Raum 16F43

Schwerpunktthema:

- wird noch nicht festgelegt

6.4 Stärkung und Ausweitung der zentralen Koordinierungsstelle für Mehr- generationen-Wohnprojekten im Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln AN/2032/2010

Frau Appelman erläutern nochmals ergänzend zur Begründung der Beschlussempfehlung (siehe Vorlage Beschlussempfehlung AN/2092/2010) den Hintergrund der Beschlussempfehlung. Sie sieht die Stadt Köln in der Verpflichtung tätig zu werden, da das Land die Beratungsstelle „Neues Wohnen im Alter“ nicht mehr fördert.

Herr Ludwig weist darauf hin, dass der endgültige Beschluss vom Rat erfolgen muss, auch wenn sich die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik aus formellen Gründen nicht direkt an diesen wenden kann. Zudem gibt er zu bedenken, dass die 5 Projekte, die zusammen mit der GAG begonnen wurden, ein Gesamtvolumen von 850.000 € im städtischen Haushalt ausmachten. Die Finanzierung von weiteren Projekten ist im städtischen Haushalt nicht vorgesehen. Er hält es daher für wichtig auch die Finanzierung der Projekte zu thematisieren.

Herr Zinn gibt zu Bedenken, dass zusätzlich zur Projektförderung die Neueinrichtung einer Stelle im städtischen Haushalt mit jährlich rund 50.000 € zu veranschlagen wäre. Das Gesamtprojekt würde wahrscheinlich rund 2,2 Millionen € kosten. Diese Mittel sind bei der gegenwärtigen städtischen Haushaltslage nicht vorhanden. Die Stadt Köln baut sogar lang- und kurzfristige Aufgaben und Standards ab, da diese nicht mehr finanzierbar sind.

Herr Ladenberger weist darauf hin, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik lediglich eine Empfehlung an die Politik abgibt. Die Politik setzt dann die Prioritäten fest, die von der Verwaltung umgesetzt werden sollen. Unter TOP 2.1 haben die Vertreter/innen der Politik auf die Unterstützung und Förderung der Nachbarschaftshilfe hingewiesen. Die Mehrgenerationenhäuser erfüllen diese Vorgaben. Durch die vorliegende Beschlussempfehlung soll die Diskussion hierzu anstoßen werden. Die Diskussion sollte durch die schlechte Haushaltslage nicht unterbunden werden.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bitten die Beschlussempfehlung auch an den Rat weiterzuleiten und beschließen daher:

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik empfiehlt dem Ausschuss Soziales und Senioren und dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Verga-

be/ Internationales wie folgt zu beschließen und die Beschlussempfehlung an den Rat weiterzuleiten:

- Kurzfristig sollen in jedem Stadtbezirk mindestens 2 Mehrgenerationenprojekte eingerichtet werden.
- Langfristig soll in jedem Stadtteil mindestens 1 Mehrgenerationenprojekt eingerichtet werden.
- Dafür ist beim Amt für Wohnungswesen die zentrale Koordinierungsstelle für Mehrgenerationen-Wohnprojekte um mindestens eine Vollzeitstelle zur Beratung von Investoren, Gruppen und anderen Interessierten, der Beantwortung von Anfragen aus dem In- und Ausland und zur engen Kooperation mit der Wohnungswirtschaft bezüglich der Umsetzung weiterer Projekte aufzustocken.

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Enthaltungen beschlossen.

6.5 Freigabe von Planungsmitteln für einen Wettbewerb zur barrierefreien Anbindung der Südbrücke Teilfinanzplan 1202 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV 3379/2010

Herr Waddey stellt dar, dass die Diskussion um diese Verwaltungsvorlage in den vorberatenden Gremien die Überlegung hat entstehen lassen, dass die Priorisierung der Maßnahme „Erstellung der barrierefreien Rampen an der Südbrücke“ neu überdacht werden sollte, da allein der Wettbewerb einen ziemlich hohen Kostenfaktor darstelle, die Gesamtmaßnahme aber erhebliche Kosten verursache. Daher hat der Verkehrsausschuss die Vorlage an die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik verwiesen, damit diese sich hierzu äußern kann.

Herr Ladenberger nimmt für die Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen Stellung und weist darauf hin, dass bislang im gesamten Kölner Süden keine barrierefreie Brücke über den Rhein führt. Erst die in Stadtmitte gelegene Deutzer Brücke bietet einen barrierefreien Übergang. Auf der linksrheinischen Seite stellt aber u. a. Rodenkirchen, die Südstadt und der Rheinauhafen und auf der rechtsrheinischen Seite die Groov, die Poller Wiesen und der Rheinboulevard sehr attraktive Gebiete dar, die von den Kölnerinnen und Kölnern genutzt werden möchten. Diese fußläufig zu erreichen gehört auch zur Freizeitgestaltung aller Menschen dazu. Wäre ein solches Angebot vorhanden, würde dieses nicht nur von mobilitätsbehinderten Menschen, sondern auch von Radfahrern/innen, Eltern mit Kinderwagen, Senioren etc. genutzt werden.

Eine Rampe stellt dabei die praktikabelste und langfristig nutzbare Lösung dar. Ein Treppenhaus ist von dem genannten Personenkreis nicht bzw., nur bedingt nutzbar und zählt zu den sog. Angsträumen. Ein Aufzug wäre zwar die angenehmste Lösung, aber an diesen Standorten unpraktikabel, da hier die soziale Kontrolle durch die unmittelbare Nachbarschaft von Wohnbauten fehlt und daher mit Vandalismus und häufigen betriebsbedingten Ausfällen zu rechnen ist.

Der nun zur Debatte stehende Wettbewerb zur Planung der Rampen an der Südbrücke könnte verschiedene Vorschläge für kostengünstige, aber praktikable Lösungen bringen, unter denen man dann die beste aussuchen könnte.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt dem u. a. Beschlussvorschlag zu zustimmen, einen Wettbewerb zur barrierefreien Erschließung der Südbrücke durch Rampen durchzuführen:

„Der Rat ist mit dem Vorschlag zur Durchführung eines städtebaulich-konstruktiven Planungswettbewerbes mit 7 qualifizierten und erfahrenen Büros (Mehrfachbeauftragung) einverstanden, stellt den Bedarf fest und beauftragt die Verwaltung, den Planungswettbewerb durchzuführen und das Ergebnis dem Rat zur Entscheidung vorzulegen. Der Preisträger des Wettbewerbes soll mit der Planung der barrierefreien Rampen beauftragt werden.

Weiterhin beschließt der Rat vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für Planungsmittel in Höhe von 125.000,00 EUR bei der Finanzstelle 6901-1202-2-0300, behindertengerechte Rampen Südbrücke, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2010. Die den Ansatz übersteigenden Mittel in Höhe von 25.000,00 EUR werden im Rahmen der echten Deckungsfähigkeit innerhalb des Teilfinanzplanes 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen - bereitgestellt. Die Deckung der Sollverlagerung erfolgt durch Wenigerauszahlungen bei Finanzstelle 6901-1202-1-0200 – Brücke Auenweg - in gleicher Höhe.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**6.6 Initiative zum gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler
hier: Konzept "Inklusion an Kölner Schulen" - Benennung eines stellvertretenden Mitgliedes für die Arbeitsgruppe**

Die Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik schlagen vor, Frau Stephanie Stangier als stellvertretendes Mitglied in die Arbeitsgruppe zur Erstellung des Konzeptes „Inklusion an Kölner Schulen“ zu benennen.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt, Frau Stephanie Stangier als stellvertretendes Mitglied in die Arbeitsgruppe zur Erstellung des Konzeptes „Inklusion an Kölner Schulen“ zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates

Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor.

8 Verschiedenes

Frau Reinecke weist auf den Infolyer der Alexianer Pia Causa Köln GmbH zum Projekt „Werden Sie Gastfamilie – Geben Sie psychisch kranken Menschen ein Zuhause“ hin, der der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Nähere Informationen zur Alexianer Pia Causa Köln GmbH sind unter dem Link

http://www.alexianer.de/koeln/k_ambulante_dienste/pia_causa.php und in dem der Niederschrift beigefügten Flyer zu entnehmen.

gez. Marita Reinecke
(Vorsitzende/Behindertenbeauftragte)
Anlage

gez. Thiemann
(Schriftführerin/ Geschäftsführung)